PARLAMENT DER MENSCHEN

Systemabsturz-Bericht

des zweiten

Parlaments der Menschen

Diese Veröffentlichung steht unter CC BY-NC-Lizenz und ermöglicht es Nutzer*innen, das Material in jedem Medium oder Format zu vervielfältigen und zu verbreiten, anzupassen und weiterzuentwickeln sowie mit anderen Inhalten zu mischen, und zwar ausschließlich für nichtkommerzielle Zwecke und nur unter Angabe des Urhebers. Neue Generation, September 2025.

Neue Generation

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung **2**
2. Abstract **3**
3. Politische Dysfunktionalität (Online-Session 1) **3**
3.1. Zielstellung 3
3.2. Ergebnisse 4
4. Politische Korruption (Online-Session 2) **5**
4.1. Zielstellung und Input 5
4.2. Ergebnisse 5
5. Abschlussdiskussion **8**
Anhang 1 – Fallbeispiele politischer Dysfunktionalität **9**
Anhang 2 – Fallbeispiele politischer Korruption **15**
Anhang 3 – Transkription des Interviews mit Marco Bülow **29**
Anhang 4 – Erläuterungen zur Aufbereitung des Crowdsourcings **35**
Anhang 5 – Wir haben 100 Leute gefragt **35**

1. Einleitung

Das politische System schleppt sich von Wahl zu Wahl. Es steht auf den Beinen des Grundgesetzes, aber es wankt. Die Fehlermeldungen häufen sich. Wenn die Herausforderungen fürs gewählte Parlament zu groß werden, ist die Ausgabe allzu oft: „Error“. In Vorbereitung auf die Präsenztage des zweiten Parlaments der Menschen der Neuen Generation in Berlin (3. bis 5.10.2025) haben sich unsere gelosten Parlamentarier*innen in zwei ganztägigen Online-Sessions mit den Fehlermeldungen aus dem politischen System beschäftigt. Das Ergebnis ist dieser Systemabsturz-Bericht.

Bei der ersten Online-Session am 13.09.2025 ging es um das Thema „politische Dysfunktionalität“. Das Ziel war es, gemeinsam genauer zu verstehen, welche Kategorien des politischen Nicht-Funktionierens es gibt und wie in großen Gruppen über komplexe Zusammenhänge gesprochen werden kann. Es wurde geübt, von konkreten Fallbeispielen auf komplexe zugrundeliegende Prinzipien der Dysfunktionalität zu schließen. Grundlage dafür waren die Beiträge, die wir zuvor durch Crowdsourcing gesammelt hatten.

Bei der zweiten Online-Session am 20.09.2025 ging es um das Thema „politische Korruption“. Ziel dieser Veranstaltung war es, sich gemeinsam der Beantwortung der folgenden Frage zu nähern: Was bedeut eigentlich „korrupt“? Zur Vorentlastung diente ein Experten-Input von Marco Bülow (ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestags, Autor von „*Lobbyland. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft*“ und „*Korrumpiert. Wie ich fast Lobbyist wurde und jetzt die Demokratie retten will*“). Auf Basis einer konkreten Definition sowie eines Kriterienkatalogs wurden ausgewählte Fallbeispiele (auch aus dem Crowdsourcing) diskutiert. Dabei wurde die

Fertigkeit geschult, Korruption zu erkennen und gegebenenfalls auch Grauzonen und Grenzfälle zu benennen.

2. Abstract

Beim Thema politische Dysfunktionalität wurde klar, dass selbst einfach anmutende Fallbeispiele des politischen Nicht-Funktionierens schnell eine hohe Komplexität offenbaren und in jedem Einzelfall viele verschiedene zugrundeliegende dysfunktionale Prinzipien existieren. Dies kann Einzelne wie auch Gruppen leicht überfordern. Damit das Nachdenken über politische Prozesse funktionaler und zugänglicher wird, braucht es klare Strukturen, eine zugängliche Sprache und Methoden, die die Komplexität erfassbar machen, ohne einzelne Beteiligte auszuschließen.

Beim Thema Korruption wurde insbesondere die Ambivalenz zwischen unzureichender Informationslage und der Überforderung durch Komplexität bei den Fallbeispielen herausgestellt. Auffällig war, dass Korruption nicht allein als offener Machtmissbrauch oder Vorteilsnahme verstanden wurde, sondern auch als subtile Verflechtungen, Abhängigkeiten und systemische Spielregeln. Diskutiert wurden mögliche Gegenmaßnahmen wie größere Transparenz, unabhängige Kontrollinstanzen, Machtbegrenzungen sowie die Entwicklung eines verbindlichen moralischen und institutionellen Kompasses.

3. Politische Dysfunktionalität (Online-Session 1)

3.1. Zielstellung

Das Ziel der Veranstaltung war, in einem kollektiven Prozess aus dem Reflex der Pauschalisierung und Vereinfachung herauszukommen. Aussagen wie „Alles ist Scheiße!“ oder „Nichts funktioniert!“ oder „Die da oben machen doch eh, was sie wollen!“ helfen nicht bei der Beseitigung von Missständen, sondern verhindern sogar ein gezieltes Vorgehen.

Nur wenn konkret analysiert und benannt werden kann, was im politischen System nicht funktioniert, lässt sich dagegen angehen. In einem gemeinschaftlichen Prozess sollten Erfahrungen gesammelt werden, wie scheinbar einfache Fallbeispiele in einer großen Gruppe besprochen werden können. Anschließend sollten Prinzipien von Dysfunktionalität miteinander vereinbart werden.

Basis aller Fallbeispiele waren Crowdsourcing-Einreichungen zu folgendem Thema:

> „Erzähl uns von deinen persönlichen Erfahrungen mit Problemen im politischen System in deinem Umfeld (z. B. Fehlverhalten in Entscheidungspositionen, Machtmissbrauch, fehlgeleitete Bürokratie, verkrustete Strukturen, institutionelle Willkür, ignorierte Bürger*innenwünsche).“

Erläuterungen zur redaktionellen Aufbereitung der Crowdsourcing-Beiträge für den Gruppenarbeitsprozess finden sich in Anhang 4.

3.2. Ergebnisse

Aus allein acht Fallbeispielen wurden 21 Prinzipien von Dysfunktionalität herausgearbeitet. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Dysfunktionalitäten politischer Natur sind. Und die Aufzählung erhebt Anspruch auf Allgemeingültigkeit oder Vollständigkeit. Eine vollständige Übersicht über alle Fallbeispiele und die zugrundeliegenden Prinzipien der Dysfunktionalität findet sich in Anhang 1.

Prinzipien von Dysfunktionalität

- Personalmangel im Rechtswesen und in der Kommunalverwaltung
- fehlende deliberative Verkehrspolitik
- fehlende Möglichkeit der Nachverfolgung von Falschparkenden
- Missachtung demokratischer Versprechen
- fehlende Verantwortungsübernahme / Ansprechbarkeit von Politiker*innen
- fehlende Transparenz der Abgeordnetentätigkeit
- Weigerung, sich mit unbequemen Themen / Gruppen / Personen zu beschäftigen
- Machterhalt statt funktionaler Fehlerkultur mit kontinuierlicher Verbesserung
- Mangel an reflexivem Diskurs
- Geringschätzung des zivilgesellschaftlichen Protestes und seiner Argumente
- Versagen des Wirtschaftssystems im Hinblick auf ethische Werte
- Parteienkonkurrenz
- schwerfällige Bürokratie
- Verantwortungsdiffusion
- Expertise ungleich Entscheidungsgewalt (aufgrund mangelnder Beteiligung)
- Erosion des Gemeinwesens durch Vertrauensverlust
- dysfunktionale Parteipolitik
- Klientelpolitik
- mangelnde Verbindlichkeit von Volksentscheiden* (*nicht alle haben zugestimmt)
- fehlende Barrierefreiheit von Informationen
- fehlende Barrierefreiheit von Bürokratie

Schwierigkeiten / Erkenntnis

Wenn einfach und klar anmutende Fallbeispiele genauer betrachtet werden, offenbaren sie schnell eine große Komplexität an Ursachen, Auswirkungen und Beteiligten. Kurz gesagt: Es ist selten so einfach, wie es aussieht. Die Komplexität solcher Situationen zu erfassen, ist für den*die Einzelne*n bereits schwierig. Alle zusammengetragenen Perspektiven in der Gruppe zu verarbeiten und zu sortieren, ist ebenso eine Herausforderung. Dabei können einzelne Menschen schnell den Anschluss verlieren. Selbst wenn die Bereitschaft zu einem solchen Prozess vorausgesetzt ist, braucht es Zeit, Rücksicht und Geduld. Außerdem bedarf es einer Methodik, die Orientierung bietet und Struktur gibt, sowie einer zugänglichen Sprache für alle.

4. Politische Korruption (Online-Session 2)

4.1. Zielstellung und Input

Ausgangspunkt für diese Veranstaltung war die Frage: Was bedeutet eigentlich „korrupt“? Ein Wort, das leicht dahergesagt und auf vieles angewendet wird, aber häufig nur mit dem ominösen Geldkoffer assoziiert wird. Was fällt also unter den Begriff der Korruption? Das Ziel der Veranstaltung war es, uns darin zu üben, Korruption zu erkennen, ebenso wie Grenzfälle und Grauzonen zu benennen und zu beschreiben.

Für eine Vorentlastung zum Thema Korruption sahen die Teilnehmenden ein aufgezeichnetes Interview mit Marco Bülow, der 19 Jahre für die SPD im Bundestag saß und Autor der Bücher “*Lobbyland* und “*Korrumpiert* ist. Die Transkription des Inputs findet sich in Anhang 3. Der Link zum Video: https://youtu.be/AKGyWyINCOk

Für die Arbeit an den Fallbeispielen wurden den Teilnehmenden zwei Definitionen des Begriffs „Korruption“ präsentiert, ebenso wie ein daraus erarbeiteter Kriterienkatalog. Es wurde keine Allgemeingültigkeit dieser Definitionen festgestellt, sondern ihre Funktion als Arbeitsmittel betont, mit der Bitte, die Definitionen während des Prozesses zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen:

Definition von Transparency International:

> „Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.“
> https://www.transparency.de/ueber-uns/was-ist-korruption

Definition von Wikipedia (gekürzt):

> „Korruption ist der Missbrauch einer Vertrauensstellung, um Vorteile zu erlangen oder zu gewähren, auf die keine Ansprüche bestehen.“
> https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption

Daraus abgeleiteter Kriterienkatalog:

- Missbrauch von Macht oder Vertrauen
- privaten Nutzen/Vorteil erlangen oder gewähren
- es bestehen keine Ansprüche

4.2. Ergebnisse

Sechs von 16 verwendeten Fallbeispielen stammen aus dem Crowdsourcing, das die folgende Frage stellte:

> Welche Fälle von politischer Korruption auf lokaler, Landes- oder Bundesebene haben dich in letzter Zeit geärgert?

Die restlichen zehn Fallbeispiele wurden vom Redaktionskreis des Parlaments der Menschen zusammengetragen. Alle Fallbeispiele wurden in zwei gleich große Themenblöcke aufgeteilt: einen Block mit acht diversen Fallbeispielen und einen Block mit acht Beispielen zu CDU-Politiker Jens Spahn.

In Gruppenarbeit sollte überprüft werden, ob die Fallbeispiele die Korruptions-Kriterien erfüllen. Anschließend sollte entschieden werden, ob Korruption klar vorliegt, ob Korruption klar nicht vorliegt oder ob es sich um einen Grenzfall/eine Grauzone handelt. In diesem Fall sollte überlegt werden, warum der vorliegende Fall nicht eindeutig ist.

Eine vollständige Übersicht über die Fallbeispiele sowie die unterschiedlichen Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen im direkten Vergleich findet sich in Anhang 2.

Die Gruppenarbeiten

Wie die Auswertung der Gruppenarbeiten zeigt, kamen die verschiedenen Gruppen teilweise zu identischen, teilweise zu völlig gegensätzlichen Ergebnissen. Die Begründungen dafür sind divers. Allerdings zieht sich ein roter Faden vor allem durch die fraglichen Fälle: ein Mangel an Informationen oder Kontext. Das machte eine abschließende Bewertung nicht immer möglich.

Demgegenüber stehen Bemerkungen der Teilnehmenden dazu, dass bestimmte Fallbeispiele eine zu hohe Komplexität aufwiesen, sodass sie unübersichtlich wurden und sich daher ein Gefühl der Unlust einstellte, bei Einzelbeispielen in die Tiefe zu gehen.

Es kann also eine Ambivalenz vorliegen in der Erkenntnis, dass oft nicht genügend Informationen vorliegen, um Korruptionsfälle eindeutig zu benennen, und andererseits die tatsächliche Komplexität solcher Fälle tendenziell dazu führt, sich nicht damit beschäftigen zu wollen. Stattdessen wurde in diesen Fällen auf die Ebene der strukturellen und existenziell-psychologischen Ursachen für das Verhalten der Einzelpersonen geschaut.

Offene Fragen

Im Rahmen der Gruppenarbeiten wurden bereits Reflexionsprozesse angestoßen, die dann in einer nachfolgenden Auswertung erneut aufgenommen wurden. Es wurde darüber gesprochen, welche Muster sich bei den Fallbeispielen erkennen lassen und mit welchen Maßnahmen Korruption verringert werden könnte. Dem sind hier ein paar globalere oder auch fallspezifische Fragen vorangestellt, auf die sich während der Veranstaltung noch keine Antworten finden ließen:

- Ist es Korruption nur dann, wenn es mir nicht taugt oder meinen Interessen entgegensteht?
- Wie werden die Interessen bewertet – auch aus ethischer Sicht?
- Welche Machtspiele stecken hinter den Fällen?
- Ist Gemeinwohl ausreichend in unseren Kriterien berücksichtigt?
- Machtgebrauch vs. Machtmissbrauch – sind die Übergänge fließend?
- Wie transparent sind die Vorteile / Abmachungen / …?
- Wäre Transparenz ein gutes Kriterium für die Differenzierung zwischen Gebrauch und

Missbrauch?
- Wie lange ist eine Person schon dabei oder engagierte sich bereits in der Vergangenheit zu den entsprechenden Themen?
- Wie kann es sein, dass es keinen Compliance-Kompass / keine Regelungen für Abgeordnete gibt?
- Wenn der Begriff „korrupt“ abgeleitet ist von „corruptus“ = verderbte Handlungen, sittlos, fehlerhaft, verkehrt, zerrissen, was ist dann das Gegenteil? Ganzheit, Gemeinsam, unangetastet, Integrität, Vertrauen, Verantwortlichkeit, Mandat?

Muster von Korruption

Bei der Frage nach den Mustern, die in den Gruppenarbeiten an den Fallbeispielen zu Tage getreten sind, sind viele verschiedene Perspektiven formuliert worden. Im Folgenden ein Auszug mit prägnanten Zitaten aus einzelnen Wortmeldungen und Gruppennotizen:

- Korruption ist nicht nur der typische Geldkoffer, sondern auch Verflechtung.
- Bestimmte Leute erlangen Parlaments- oder Regierungsposten, die für andere unerreichbar sind.
- Häufig fehlen Informationen, um den Kontext einer Situation genauer einschätzen zu können.
- Oft sind die Zusammenhänge aber auch sehr komplex und es ist schwer einzuschätzen, wer von wem wie profitiert.
- Verbindungen zwischen Ursache und Wirkung sind oft schwer nachzuweisen.
- Wenn der Abstand zwischen Ursache und Wirkung zu weit auseinanderliegt, bekommen wir Schwierigkeiten bei der Benennung.
- Legale Grenzen werden bis zum Äußersten ausgenutzt.
- In der Politik darf nur mitspielen, wer sich auf die Spielregeln einlässt, und die Spielregeln setzen Lobbyismus voraus und drehen sich hauptsächlich um Machterhalt.
- Der Lobbyismus ist schon ein so natürlicher Teil des Systems, dass die Wahrnehmung von Lobbyismus im System verloren gegangen ist.
- Die Anfälligkeit für eine einseitige Einflussnahme von außen wird mit der Laufzeit der Position immer höher.
- Die grundsätzliche Verquickung von Amt, Macht und Geld ist problematisch.
- Es stellt sich auch die Frage, welche Rolle in einem solchen System das Ego und individuelles Geltungsbewusstsein spielen.

Verringerung von Korruption

Folgerichtig stellten sich die Teilnehmenden als Ergebnis der Gruppenarbeiten auch die Frage: Wie kann Korruption verringert werden?

Es wurde festgestellt, dass schärfere Kriterien für die Benennung von Korruption notwendig sind. Das allein reicht aber noch nicht. Zudem braucht es grundsätzlich mehr Transparenz, mit der einschränkenden Bemerkung, dass wir auch so schon viel wissen, ohne dass etwas daraus folgt. Deshalb ist eine unabhängige Überwachung und Sanktionierung außerhalb des Bundestages wichtig. Zusätzlich lässt sich auch über eine Machtbegrenzung in Form von Machtteilung in hohen Positionen nachdenken. Ein weiterer Vorschlag lautet: Wer Lobbyist*in

war, darf nicht ins Parlament.

Darüber hinaus wurde geäußert, dass es einen neuen moralischen Kompass braucht. Ethische Kriterien müssen beachtet werden, wie auch unsere Grundgesetze! Doch es gibt keinen Kompass, der institutionell funktioniert. Als Ergänzung dazu wurde formuliert, dass es nicht nur darum geht, das System zu verbessern, sondern ganz neue Strukturen aufzubauen, zum Beispiel Compliance-Strukturen, die die Abgeordneten unterstützen, sowohl mit Hilfestellungen als auch mit klaren Vorgaben, was sie dürfen und was nicht, denn bisher existiert so etwas nicht.

Es kam als Einwand auf einer Meta-Ebene noch das Argument auf, dass es eigentlich schon alles an Ideen zur Korruptionsbekämpfung gibt und dass nichts neu erfunden werden muss. Dazu wurde betont, dass viele Regelungen beim Verhalten von Erwachsenen ansetzen und nicht etwa bei der ebenso notwendigen Bildung und Erziehung im Kindesalter.

5. Abschlussdiskussion

Die beiden Online-Sessions haben deutlich gemacht, dass die gegenwärtigen politischen Herausforderungen weder auf einfache Schlagworte noch auf einzelne Schuldige reduziert werden können. Sowohl im Bereich der Dysfunktionalität als auch bei der Korruption zeigte sich, dass die eigentlichen Probleme weniger in isolierten Fehlhandlungen liegen, sondern vielmehr in komplexen Strukturen, unklaren Verantwortlichkeiten und einem Mangel an Transparenz, Verständlichkeit und Vertrauen.

Eine zentrale Erkenntnis war, dass Komplexität selbst zu einer Art Fehlermeldung des politischen Systems wird: Wo zu viele Faktoren, Interessen und Abhängigkeiten ineinandergreifen, wächst die Gefahr von Intransparenz, Überforderung und Politikverdrossenheit. Dies kann dazu führen, dass notwendige Diskussionen abgebrochen, Grauzonen nicht ausgeleuchtet und Missstände nicht konsequent bearbeitet werden. Umso wichtiger erscheint es, klare methodische Zugänge zu entwickeln, die politische Prozesse verstehbarer machen und breite Beteiligung ermöglichen.

Bei der Auseinandersetzung mit Korruption wurde außerdem sichtbar, dass der Begriff weit mehr umfasst als den klassischen „Machtmissbrauch gegen Geld“. Viel entscheidender sind die subtilen Verflechtungen von Interessen, die Normalisierung von Lobbyismus und die strukturellen Abhängigkeiten, die zu einer schleichenden Erosion demokratischer Prinzipien führen. Die Diskussionen haben deutlich gezeigt, dass nicht allein strengere Regeln notwendig sind, sondern auch eine neue Kultur des Umgangs mit Macht und Verantwortung.

Damit öffnet sich ein Spannungsfeld: Einerseits liegen bereits viele Ideen, Vorschläge und sogar Regelwerke zur Bekämpfung von Dysfunktionalität und Korruption vor. Andererseits mangelt es an der konsequenten Umsetzung, an wirksamen Kontrollmechanismen und an einem moralischen wie institutionellen Kompass, der Orientierung bietet. Hier zeigt sich, dass es nicht nur um die Reparatur eines bestehenden Systems geht, sondern um die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen, die sich den Herausforderungen einer zunehmend komplexen und vernetzten Welt stellen können.

Der Bericht versteht sich daher nicht als abschließende Diagnose, sondern als Auftakt für weitere Auseinandersetzungen. Er ruft dazu auf, politische Fehlermeldungen ernst zu nehmen, sie differenziert zu analysieren und konkrete Schritte abzuleiten. Dies bedeutet, Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu erhöhen, unabhängige Kontrollinstanzen zu stärken, Macht zu begrenzen und die politische Kultur auf Integrität, Verbindlichkeit und Beteiligung auszurichten.

Das zweite Parlament der Menschen der Neuen Generation kann damit nicht alle Probleme lösen, wohl aber Räume öffnen, in denen diese Fragen ernsthaft diskutiert und neue Ansätze erprobt werden. Der eigentliche Erfolg liegt darin, Prozesse zu gestalten, die nicht in Zynismus oder Resignation münden, sondern in gemeinsame Verantwortung und handlungsfähige Demokratie.

Anhang 1 – Fallbeispiele politischer Dysfunktionalität

Im Folgenden die acht von den Teilnehmenden bearbeiteten Fallbeispiele inklusive der zugeordneten Prinzipien der Dysfunktionalität:

Konkrete Fälle politischer Dysfunktionalität aus dem Crowdsourcing	**Prinzipien der Dysfunktionalität**
1. Seit Sommer 2025 unterbricht die Bußgeldbehörde der Stadt Dresden die Bearbeitung von Privatanzeigen über Falschparker aufgrund von erheblichem Personalmangel. Bürgerinnen und Bürger werden ausdrücklich gebeten, solche Anzeigen nicht mehr einzureichen. Eingereichte Meldungen werden nicht nachträglich bearbeitet. Solch eine Aussetzung untergräbt das Vertrauen in die Regel- und Rechtsdurchsetzung, das Interesse von Bürger*innen, Konsequenzen für Autofahrer*innen und Einnahmen für die Stadtkasse.	- Personalmangel im Rechtswesen und in der Kommunalverwaltung - Fehlende deliberative Verkehrspolitik - fehlende Möglichkeit der Nachverfolgung von Falschparkenden - …
2. Michael Kruse von der FDP und energiepolitischer Sprecher seiner Partei hat jahrelang alle Gesprächsanfragen von Umweltorganisationen konsequent abgelehnt. Aber auch als Privatperson aus seinem Wahlkreis in Hamburg war es all die Jahre kaum möglich, eine Bürger*innensprechstunde von ihm zu besuchen.	- Missachtung demokratischer Versprechen - Fehlende Verantwortungsübernahme / Ansprechbarkeit von Politiker:innen - Fehlende Transparenz der

	Abgeordnetentätigkeit - Weigerung, sich mit unbequemen Themen / Gruppen / Personen zu beschäftigen - …
3. Ich vermisse das Anerkennen von Fehlern als Basis, um daraus Lehren für politisches Handeln zu ziehen. Eine Fehlerkultur würde politische Entscheidungen verbessern. Insbesondere wird immer wieder zivilgesellschaftlicher Protest zum Entscheidungszeitpunkt ignoriert oder sogar abgewertet, obwohl im Rückblick auch Entscheider:innen feststellen, dass die Kritik berechtigt war. Allerdings nennen sie dabei in der Regel nicht die ursprünglichen Kritiker:innen oder sagen: Ich habe mich damals geirrt, die hatten recht. (Stichworte: Atom-Ausstieg, Bahn-Privatisierung)	- Machterhalt statt funktionaler Fehlerkultur mit kontinuierlicher Verbesserung - Mangel an reflexivem Diskurs - Geringschätzung des zivilgesellschaftlichen Protests und seiner Argumente - …
4. Der Besuch von Ministerpräsident Kurt Beck 2012 im Trierer Zigarettenwerk zeigt exemplarisch ein Grundproblem unserer Politik: Arbeitsplätze werden gefeiert, während die zerstörerischen Folgen der Tabakindustrie ausgeblendet bleiben. Laut WHO sterben jährlich acht Millionen Menschen durch Tabak, zudem werden Wälder gerodet, Nahrung verdrängt, Arbeiter:innen geschädigt, Kinderarbeit genutzt und mehr CO_2 ausgestoßen als ganz Österreich. Politisch gilt dies dennoch als legitim, weil Jobs geschaffen werden. Viele andere Branchen nutzen dieselbe Argumentation, um Politik und öffentliche Meinung für ihre Interessen zu manipulieren.	- Versagen des Wirtschaftssystems im Hinblick auf ethische Werte - …
5. Unsere Klimagenossenschaft will PV-Anlagen auf Kölner Dächer bringen – Schulen, Verwaltungen, Jugendzentren. Zwar gibt es einen Ratsbeschluss zur Klimaneutralität bis 2035 und eine Klimakoordinationsstelle, doch scheitern wir an fehlender Kommunikation: Auf konkrete Fragen zu Pachtverträgen und verfügbaren Dächern erhalten wir keine Antwort. Verantwortlich sind die zersplitterte Zuständigkeit zwischen Referaten (Klima und Umwelt in einem, Liegenschaften in einem anderen) mit unterschiedlichen Parteibüchern und die Machtlosigkeit der Klimakoordinationsstelle. Entscheidungen, und somit neue PV-Anlagen, werden aus parteitaktischen Gründen blockiert, um der anderen Partei keinen Erfolg zu gönnen – nicht, weil sie sachlich unmöglich wären.	- Parteienkonkurrenz - schwerfällige Bürokratie - Diffusion der Verantwortung - …
6. Mit großer Sorge nehme ich die Entscheidung mehrerer	- Expertise ungleich

Bundesländer zur Kenntnis, die US-amerikanische Überwachungssoftware Palantir einzuführen. Diese Entwicklung bedroht massiv die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger, ihre Persönlichkeitsrechte sowie die digitale Souveränität Deutschlands, weil hochsensible personenbezogene Daten in einer Software verarbeitet werden, die von einem US-Unternehmen mit engen Verbindungen zu amerikanischen Sicherheitsbehörden entwickelt wurde. Trotz eindeutiger Warnungen von Datenschutzbeauftragten, Bürgerrechtsorganisationen und wachsendem öffentlichen Widerstand halten einige Landesregierungen – darunter auch Baden-Württemberg – an diesem Vorhaben fest.	Entscheidungsgewalt (aufgrund mangelnder Beteiligung) - Erosion des Gemeinwesens durch Vertrauensverlust - …
7. Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ 2021 in Berlin ergab, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung dafür war, große Immobilienunternehmen zu vergesellschaften. Die Umsetzung blieb jedoch aus, weil der Beschluss den Senat lediglich aufforderte, einen Gesetzentwurf zur Vergesellschaftung zu erarbeiten. Dieser Beschluss war rechtlich nicht unmittelbar bindend, sondern setzte lediglich einen politischen Auftrag. Die rot-schwarze Koalition aus SPD und CDU zeigte sich uneins bezüglich der Umsetzung und verzögerte die Umsetzung immer weiter, und das, obwohl Gutachten die Verfassungsmäßigkeit der Vergesellschaftung bestätigten.	- Dysfunktionale Parteipolitik - Klientelpolitik - mangelnde Verbindlichkeit von Volksentscheiden* (*nicht alle haben zugestimmt) - …
8. Ich wohne in der Altstadt von Kempen im eigenen Haus mit 5 Zimmern und gehe auf die 70 zu. Da ich einen Aufzug brauche und eine kleinere Wohnung sinnvoll finde, möchte ich eine alte Druckerei im hinteren Teil meines Hauses, die um 1900 gebaut wurde, zu einer kleineren Wohnung mit Fahrstuhl umbauen und das Gelände drumherum intensiv begrünen, um die Temperaturen zu senken. Außerdem habe ich angesichts der Energiekrise eine Photovoltaikanlage beantragt. Das alles erlaubt die Stadt nicht. Stattdessen soll ich die alten Gemäuer abreißen und die vorhandene Baulücke mit einem Einfamilienhaus schließen. Begründet wird die ganze Angelegenheit mit dem Bebauungsplan der 80er Jahre, der noch unter der Prämisse lief: Entkernung der Innenblöcke, um Parkplätze einzurichten. Es gäbe keinen Anlass, den Bebauungsplan zu ändern, meinte schriftlich die damalige Leiterin des Bauamtes. Leider ist hier in der Verwaltung die Klimakrise nicht angekommen. „Intakte Baumasse raus, Beton rein“ ist das Motto. Hier werden alte Bauten entfernt, bis auf die Fassade, der Rest dahinter wird neu gebaut – im Einheitslook. Das heißt dann historische Altstadt und Denkmalschutz.	- Fehlende Barrierefreiheit von Informationen - Fehlende Barrierefreiheit von Bürokratie - …

18 von 26 Fallbeispielen aus dem Crowdsourcing wurden aus Zeitgründen nicht in der Online-Session thematisiert, sind aber hier mit aufgelistet:

Konkrete Fälle politischer Dysfunktionalität aus dem Crowdsourcing
9. Eine einstimmige Entscheidung des Europäischen Parlaments zur Harmonisierung elterlicher Umgangszeiten nach Trennungen wird seit 10 Jahren in Deutschland nicht „harmonisiert“. Es geht darum, ein paritätisches Wechselmodell zum Standard-Betreuungsmodell nach Trennungen von Eltern mit Kindern zu machen, das die Diskriminierung eines Elternteils und häufig langwierige, traumatisierende Gerichtsverfahren in der deutschen familienrechtlichen Gesetzgebung beenden würde.
10. Ich fahre täglich mit dem Rad über Land und durch Ortschaften zur Arbeit. Die Radwege sind zwar überdurchschnittlich gut, doch die Schnittstellen am Ende der Radwege sind katastrophal und gefährlich. Beschwerden werden von Ämtern ignoriert, bis Bürgermeister oder Landrat in Cc. sind. Dann folgen fast immer Ausreden zur Zuständigkeit. Den Eindruck, dass konstruktive Kritik willkommen ist, hatte ich nie. Geändert wird grundsätzlich nichts – oder nicht fahrradfahrerfreundlich.
11. Ich arbeite als Lehrkraft an einer Berufsschule. Die vorgeschriebene Verwaltungssoftware ist nicht benutzerfreundlich und bedeutet Mehrbelastung statt Entlastung. Auch Unterrichtsmaterialien sollen wir online bereitstellen, doch die eingesetzte „Bayern-Cloud Schule“ verursacht laufend Probleme. Während psychische Erkrankungen bei Jugendlichen zunehmen, verlieren wir Lehrende wertvolle Zeit durch abstürzende Technik, statt für die Interaktion mit den Schülerinnen und Schülern. Das ist für mich eine klare strukturelle Fehlentwicklung.
12. In Stralsund fordern Bürger*innen seit Langem mehr 30er-Zonen und Zebrastreifen. Nahe einer Tagesklinik und eines Pflegeheims kam es zu einem tödlichen Unfall eines neunjährigen Kindes, laut Urteil durch die ungünstige Verkehrsführung begünstigt. Trotzdem fehlt dort bis heute eine sichere Querung zwischen den Bushaltestellen. Der Umweg über die Ampel führt wiederum über eine Seitenstraße mit schwierigen Sichtverhältnissen. Briefe an den Bürgermeister blieben ohne Wirkung. Dass der Klinikleiter, selbst Stadtrat, nichts unternimmt, ist besonders befremdlich.
13. Unser System heißt repräsentative Demokratie, aber wirklich repräsentativ ist es nicht. Im Parlament sitzen zu zwei Dritteln ältere weiße Männer mit hoher Bildung – viele gesellschaftliche Gruppen sind kaum vertreten, etwa Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder unter 18-Jährige. Das betrifft etwa 22,5 Millionen Menschen, also 27 % der Bevölkerung. Von den Wahlberechtigten haben bei der letzten Bundestagswahl 17,5 % nicht gewählt. Das sind weitere 10,5 Mio., die sich in keiner der Parteien-Angebote wiederfinden. Dazu kamen fast 7 Millionen Stimmen (13,7 % aller abgegebenen Stimmen) für Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Diese Stimmen sind ohne Gegenwert verfallen. Insgesamt haben damit fast 40 Millionen Menschen – knapp die Hälfte der Bevölkerung – nicht an der Zusammensetzung des Parlaments mitgewirkt und sind somit auch nicht im Parlament repräsentiert.

14. Die Willkür des Lebens in Berlin kann die Seele zermürben. Bußgelder für Müllvergehen werden erhöht, aber es gibt keine Kontrolle, und die Straßen in Kreuzberg bleiben voller Abfall. Es wird zu wenig für obdachlose und drogenabhängige Menschen getan, die von U-Bahn-Halt zu U-Bahn-Halt weitergeschoben werden, ohne dass Lösungen angeboten werden. Gesetze für die Verkehrswende werden routinemäßig ignoriert, und Verkehrsregeln werden nicht durchgesetzt.

15. SPD und Grüne haben einen Bürgerrat einberufen, viel Geld investiert und klare Empfehlungen erhalten – eine davon: kostenloses, gesundes Essen an Schulen. Ein Vorschlag mit direktem Nutzen für Kinder, Familien und Bildung. Umgesetzt wurde nichts. Keine Begründung, keine Schritte, keine Wirkung. So verspielt man eine echte Chance, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Begünstigt wurde das durch fehlende Verbindlichkeit und eine politische Kultur, in der Beteiligung oft nur Symbolcharakter hat.

16. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind nach Artikel 38 des Grundgesetzes Vertreter des ganzen Volkes. Abgeordnete sind nur ihrem Gewissen unterworfen und müssen sich in ihren Entscheidungen nicht an Aufträge, Weisungen oder Parteiprogramme halten. Leider hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass Fraktionen innerhalb des Bundestages tatsächlich Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ihrer Mitglieder ausüben dürfen, z. B. durch politische Vereinbarungen oder parteiinterne Absprachen.

17. Trotz eines Stadtratsbeschlusses von 2018 zur Einrichtung eines Zebrastreifens an der Glacisstraße in Dresden wurde dieser über Jahre hinweg nicht realisiert. Im Sommer 2025 malten Anwohnende aus Frust eigenhändig einen provisorischen Übergang, der tatsächlich funktionierte. Statt jedoch eine dauerhafte Lösung zu etablieren, ließ die Stadt ihn sperren. Fußgängerinnen und Fußgänger, vor allem Schulkinder, müssen nun Umwege in Kauf nehmen. Die Stadt argumentiert rechtlich, das selbstgemalte Provisorium stelle eine Straftat dar, etwa als Amtsanmaßung. Die Situation bleibt jedoch behördlich unbeantwortet und für viele Betroffene absurd.

18. In Gesprächen mit Politiker:innen wurde mir häufig erzählt, wie mit viel Ambitionen gestartet wird. Und dann wird man von der trägen und konservativen Mühle der Abstimmungs- und Prozessabläufe langsam zermalmt, weil jede Entscheidung nochmal durchgeorgelt wird. Progressive Projekte, in die sich richtig reingekniet wurde, werden so verwaschen, dass man es auch hätte sein lassen können. Auch haben es jüngere Parteien super schwer, im EU-Parlament Fuß zu fassen und erstmal zurechtzukommen, da alles so kompliziert ist und Regeln unverständlich und unerklärt sind.

19. Ich habe 2023 von einem Autofahrer Gewalt erfahren, weil ich mit dem Fahrrad korrekt auf der Straße und nicht auf dem Gehweg gefahren bin. Ich forderte daraufhin die Stadt auf, die Straße so zu beschildern, dass eindeutig klar ist, dass Radfahren auf der Straße erlaubt ist. Der Oberbürgermeister schickte mir fünf Tage nach dem Vorfall den obersten Juristen der Stadt zum Gespräch, und der wiederum empfahl mir, dort lieber auf dem Gehweg zu radeln und dafür dann das Bußgeld zu bezahlen im Falle, dass die Polizei mich anhält. Die Stadt hat bis heute nichts an der unklaren und für Radfahrer gefährlichen Verkehrssituation geändert. Sie führt als Ausrede an, dass Geld fehle.

20. Maja, Auslieferung nach Budapest: Mein Eindruck ist, dass es hier um eine möglichst geschickte und eindeutige Umgehung des Gerichts ging sowie um das Schaffen eines Exempels (man hätte den Karlsruher Beschluss ja auch abwarten können – der Eilantrag lag vor). Karlsruhe stellte später klar, dass die Auslieferung rechtswidrig war, weil das Kammergericht Berlin die menschenrechtlich problematischen Haftbedingungen in Ungarn nicht ausreichend geprüft hatte. Es wirkt also, als sei es wichtiger gewesen, ein politisches Signal zu setzen, als rechtsstaatliche Verfahren einzuhalten.

21. Ich finde, dass das ganze System der Landesämter für Einwanderung ungerecht funktioniert. Es ist total abhängig davon, wo man wohnt und welche/n Sachbearbeiter/in man bekommen hat. In diesen Fällen geht es konkret um Einbürgerung: Ich, sowie ein paar meiner Freunde und Bekannten, haben in Berlin die Einbürgerung beantragt. In Berlin wurde ich nach 7 Monaten eingebürgert, während Freunde, die ihren Antrag vor dem neuen Gesetz gestellt hatten, nach 1–2 Monaten eingebürgert wurden. Die Beantragung läuft in Berlin online, ohne zusätzliches Interview. Meine Schwester in Bielefeld stellte 2023 einen Antrag und erhielt ihre Einbürgerung erst jetzt, 2,5 Jahre später. Sie musste mehrfach Unterlagen aktualisieren, Tests wiederholen und zusätzliche Termine wahrnehmen, obwohl sie alle Voraussetzungen seit Jahren erfüllt. Eine Freundin in Konstanz stellte im Juli 2024 einen Antrag, gleichzeitig mit einer Freundin. Die war nach einem Monat eingebürgert, meine Freundin wartet noch immer auf Rückmeldung.

22. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat Klage gegen das Landratsamt Straubing-Bogen eingereicht, weil dieses die Kontrollberichte der Metzgerei von Bundesernährungsminister Alois Rainer nicht veröffentlichen will. Am 9. Mai 2025 hatte foodwatch die Kontrollergebnisse der letzten fünf Jahre angefragt, gestützt auf das Verbraucherinformationsgesetz (VIG). Nach Anhörung von Minister Rainer beantragte dieser Akteneinsicht und die Herausgabe der Daten des Antragstellers. Am 21. Mai erfuhr Rainer, dass foodwatch die Anfragende ist. Am 27. Mai wurde die Metzgerei kontrolliert – am gleichen Tag meldete Rainer den Betrieb ab. Das Landratsamt verweigerte daraufhin die Auskunft. Foodwatch kritisiert dies als Versuch, die Veröffentlichung zu verhindern, und fordert eine proaktive Veröffentlichung aller Lebensmittelkontrolldaten.

23. Karrierismus in der Politik ist ein Problem: Viele Abgeordnete machen das Parlament jahrzehntelang zum Beruf und verlieren den Bezug zum Alltag außerhalb. Auch in Parteien führt Loyalität oft zu gut bezahlten Posten in der Verwaltung oder Minster*innenbüros, unabhängig von Qualifikation. Parteizugehörigkeit darf sich beruflich nicht lohnen – denkbar wären Begrenzungen der Amtszeit oder Losverfahren statt Wahlen.

24. Ein persönliches Beispiel war das Gespräch mit dem Oberbürgermeister in Stuttgart in seiner herrenhäuslichen Residenz in der Hochphase der Proteste der Letzten Generation – er gab uns das Gefühl, er höre uns zu, nur um uns dann völlig auflaufen zu lassen. Das Problem war, dass er – so glauben wir – persönlich angegriffen war davon, dass wir junge Menschen ihn mit dem Scheitern von politischem Umsetzungswillen konfrontierten, wo er ja „so viel schon mache“ und wir keine Ahnung hätten, wie viel Arbeit das sei. Wir versuchten ihm zu verstehen zu geben, dass wir das verstünden, es jedoch nichts daran ändern würde, dass ja im Großen und Ganzen etwas falsch liefe.

25. Obwohl ein Volksentscheid im Jahr 2014 eine klare Mehrheit gegen eine Bebauung des Areals „Tempelhofer Feld“ erzielte, gibt es weiterhin Bestrebungen, zumindest eine Randbebauung zu ermöglichen. Der damalige Volksentscheid hatte mit 64,3 % der Stimmen für den Gesetzentwurf der Bürgerinitiative „100 % Tempelhofer Feld“ entschieden, der eine Bebauung des Geländes ausschloss. Trotz dieses Votums haben Politiker, insbesondere aus der CDU und SPD, wiederholt Vorschläge für eine Bebauung des Tempelhofer Feldes unterbreitet. So wurde beispielsweise ein Ideenwettbewerb für eine mögliche Randbebauung initiiert, obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung in Dialogprozessen weiterhin gegen eine Bebauung plädiert.
26. Wo ich in Berlin wohne, in Lichtenberg, haben sich viele Menschen über Jahre auf einem langen demokratischen Weg dafür eingesetzt, den Verkehr im Viertel zu beruhigen. Schließlich entschied sich die von der Linken geführte Bezirksverordnetenversammlung für den Bau eines Pollers. Kaum stand er, wurde er regelmäßig von Autofahrern zerstört oder entwendet. Zunächst wurde er immer wieder aufgebaut – mit Kosten. Doch statt die demokratische Entscheidung zu verteidigen, stellte die CDU sie zunehmend infrage und argumentierte, man müsse auf die wütenden Einzelnen Rücksicht nehmen.

Anhang 2 – Fallbeispiele politischer Korruption

Diverse Fallbeispiele

Die diversen Fallbeispiele wurden in zwei Gruppen bearbeitet. Eine Gruppe wurde moderiert (Gr. 1 MOD), die andere Gruppe organisierte sich selbst (Gr. 2 SO). Im Folgenden sind die Ergebnisse der beiden Gruppen pro Fallbeispiel direkt gegenübergestellt. Es erfolgte keine redaktionelle Bearbeitung, außer für notwendige Korrekturen in Rechtschreibung und Grammatik.

Fallbeispiel 1 - Diverse		
Meine Gemeinde vergibt regelmäßig Baugrundstücke zu vernünftigen Preisen (was im Bodenseeraum sonst utopisch ist) an Personen, die eine gewisse Qualifikation mitbringen (normales Bewerbungsverfahren um einen Bauplatz). Als unser Bürgermeister neu im Amt war, hat ihm der Gemeinderat ein Baugrundstück mit dem Argument „ein Bürgermeister sollte im Ort wohnen“ überlassen. Das ging ohne Bewerbungsverfahren.		
Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja - der GR ☑ Nein - gute Idee ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		

Sonderfall - im Interesse der Gemeinde, im Sinne des Jobs und der Tätigkeit
Wie war die Stellenausschreibung?

Kein Anspruch, aber ggf. wurde es ihm angeboten

Gemeinderat ist das bestimmende Gremium und entscheidet
GR hat keine willkürliche Entscheidungsmacht

Wie ist das Verhältnis von OB zu GR?
Für eine Entscheidung bräuchte es mehr Kontext?!
Was steht in der Gemeindeordnung? / Was ist im Verfahren festgelegt?

Grundstück bleibt auf Lebenszeit
OB hat eine begrenzte Amtszeit
Bevorteilung gegenüber der anderen Bewerber*innen

Hat auch Nachteile, wenn er ein Grundstück hat – kommt von außerhalb

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Das Bewerbungsverfahren wurde übersprungen.

Fallbeispiel 2 – Diverse

Robert Habeck hat während seiner Zeit als Bundesminister Bücher veröffentlicht, darunter seine politischen Sachbücher wie *Warum wir die Wirtschaft umbauen müssen* (2021) und *Ein neues Zeitalter* (2023).

Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☑ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

- gute Ausübung von Macht, gute Form der Kommunikation
- kein Missbrauch
- Buch hat er sicherlich vorher schon geschrieben und er hat früher auch schon Bücher veröffentlicht, war vorher schon bekannt
- Nebentätigkeiten sind nicht verboten und er hat es offen gelegt

- Verdient er mit dem Buch überhaupt „wirklich“ Geld?

Gr. 2 SO	Kriterienkatalog	Korruption?
	☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	☐ Ja ☑ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Nebentätigkeiten sind erlaubt, wenn bekannt gegeben (Transparenz)
Über Begünstigung für Verkaufskampagne ist nichts bekannt

Fallbeispiel 3 – Diverse

Die Koblenzer CDU lud am Sonntag, 17.08.25 zum Sommerempfang beim Unternehmen CompuGroup Medical ein. Julia Klöckner, amtierende Bundestagspräsidentin im zweithöchsten Amt in Deutschland, nahm an der Veranstaltung teil. CompuGroup-Medical-Gründer, Hauptaktionär und Verwaltungsratsvorsitzender Frank Gotthardt finanziert das umstrittene rechtspopulistische Online-Portal Nius. Nius wird vom ehemaligen Bild-Chefredakteur Julian Reichelt betrieben und geriet zuletzt in Kritik wegen einer Kampagne mit diffamierenden Aussagen gegen die SPD-Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht Frauke Brosius-Gersdorf. Laut Einladungsschreiben war Klöckner dort explizit als Bundestagspräsidentin und nicht als Abgeordnete. Als Bundestagspräsidentin müsste sie aber dem Neutralitätsgebot entsprechen.

Gr. 1 MOD	Kriterienkatalog	Korruption?
	☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	☑ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? - WARUM?

- hohe Spendenbeträge
- Berichterstattung (pro CDU vs. contra)

Wann ist eine Grenze erreicht? Wann geht es noch und wann nicht mehr?
Als Abgeordnete wäre es ok? – aber als Bundestagspräsidentin nicht!! → Neutralität

polit. Einflussnahme

Und dennoch das große Ganze nicht verlieren – Unterschied, ob es im Einklang mit den **Grundgesetzen** und unseren Werten ist (wie werden diese ausgelegt?)
demokr. Grundordnung
Was ist „Normalität“ in unserer Demokratie?
Vllt. sollte mehr über die Grundgesetze diskutiert werden

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? - WARUM?

Schwierigkeit, die Auswirkungen des Sommerempfanges zu beurteilen, da sie **explizit** als Bundestagspräsidentin eingeladen wurde. Legitimation für Frank Gotthardt und Julian Reichelt.

Fallbeispiel 4 – Diverse

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) – ehemals Chefin der E.on-Tochter Westenergie, einem der größten Gasnetzbetreiber in Deutschland – hat ein Gutachten zum Stand der Energiewende beim Energiewissenschaftlichen Institut (EWI) an der Uni Köln bestellt. Ziel dieses Gutachtens ist es, den aktuellen Stand der Energiewende zu bewerten und den zukünftigen Strombedarf in Deutschland zu prognostizieren. Das Gutachten soll als Grundlage für eine strategische Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik dienen. Das EWI ist ein Forschungsinstitut, das durch E.on und RWE gefördert wird, und welches bekannt ist für seine Gutachten, die als „Gefälligkeitsgutachten“ kritisiert werden – etwa für die Gas- und Kohlelobby.

Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

- um ihre Politik zu verstärken / bestätigen
- ganz starke Lobbyeinflüsse
- Prof. Quaschning

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Fallbeispiel 5 - Diverse		
Vorwurf eines ehemaligen Auszubildenden des CDU-Kreisverbands des Rheinisch Bergischen Kreis: Caroline Bosbach (Bundestagsdirektkandidatin des Wahlkreises) habe ihn in der heißen Wahlkampfphase im Januar 2025 gebeten, der Partei eine Scheinrechnung über 2.500 Euro für nie erbrachte Social-Media-Leistungen zu präsentieren. Die CDU habe prompt gezahlt. Danach habe er das Geld bei der Bank bar abgehoben – und die 2.500 Euro Bosbach in ihrer Wohnung in Anwesenheit eines Zeugen ausgehändigt.		
Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☑ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
klarer Fall		
Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Ist der Azubi der Korrupte, weil er eine Festanstellung wollte? Es gibt noch andere Informationen in der Presse, Aussage vs. Aussage. Verleumdung?		

Fallbeispiel 6 – Diverse		
Im Jahr 2020 nutzte Philipp Amthor seine Position als Bundestagsabgeordneter, um gleichzeitig Lobbyarbeit zu machen: Damals warb er in einem Brief an den damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) für das US-amerikanische Start-Up-Unternehmen Augustus Intelligence, von dem er später Aktienoptionen und einen Direktorenposten erhielt.		
Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Zeitsperren für Wirtschaft / Industrie und Politik		

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Vergünstigungen wurden angenommen. Aber er hat „bereut“.

Fallbeispiel 7 – Diverse

Wolfram Weimer ist Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seine Firma, die Weimer Media Group, organisiert ein jährliches, exklusives Lobby-Netzwerktreffen am Tegernsee. Bei solch inoffiziellen Foren mit Spitzenpolitiker*innen und Lobbyist*innen besteht immer die Gefahr, dass wichtige politische Absprachen intransparent auf Privatveranstaltungen getroffen werden. Zudem verschaffen solche Events Unternehmen und Vermögenden privilegierte Zugänge zur Politik. Weimers neues Amt verschafft diesem Lobbyevent einen zusätzlichen offiziellen Anstrich. Mittlerweile hat er die Geschäftsführung an seine Frau übergeben.

Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Oligarchie

Welche Regeln gibt es zwischen Selbstständigkeit / Wirtschafts-Positionen und dann politischer Karriere?!

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Geld verschafft Einfluss. In diesem Beispiel ist es schwierig, Korruption nachzuweisen. Aber durch das Treffen können später Vorteile erlangt werden. Auch unklar, wie Weimer die Position bekommen hat.
Interessenkonflikt.

Fallbeispiel 8 – Diverse

Henning Otte, der neue Wehrbeauftragte des Bundestags, ist eng mit der Rüstungsindustrie vernetzt: Bis 2023 war er Vizepräsident des Förderkreises Deutsches Heer, einer Organisation, die insbesondere Rüstungsunternehmen Zugang zu Bundestagsabgeordneten verschafft. Er pflegt zudem intensive Kontakte zum Rüstungskonzern Rheinmetall, der in Ottes Wahlkreis Panzer baut.

Gr. 1 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☑ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Vorteil: könnte den Förderkreis stärken

Es fehlen Informationen zum Kontext und zu Gegenleistungen.
Er „muss“ ja Kontakte pflegen.

Interessenkonflikt / Befangenheit mit Vizepräsident
→ steckt das bei Vorteile gewähren mit drin?

Wie wäre es, wenn es der Klimabeauftragte wäre mit z.B. Solar-/PV-Hersteller?

Gemeinwohlinteresse und privates Interesse? Klimaschutz vs. Rüstungssicherheit?

Gr. 2 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Warum wird Vertreter der „Material-Herstellung“ zum Vertreter für die Soldat*innen? Gibt es keine besser qualifizierten Personen?

Die Firmen können passgenaue Angebote schreiben, wenn sie genau wissen, was die Bundeswehr an „Wünschen“ hat.

Interessenkonflikt

Die Fraktionsvorsitzenden sind korrupt.

Fallbeispiele Jens Spahn

Die Fallbeispiele zu Jens Spahn wurden in drei Gruppen bearbeitet. Zwei Gruppen wurden moderiert (Gr. 3 MOD, Gr. 4 MOD), die andere Gruppe organisierte sich selbst (Gr. 5 SO). Im Folgenden sind die Ergebnisse der drei Gruppen pro Fallbeispiel direkt gegenübergestellt. Es erfolgte keine redaktionelle Bearbeitung, außer für notwendige Korrekturen in Rechtschreibung und Grammatik.

Fallbeispiel 1 – Jens Spahn		
Im Frühjahr 2020 wurde im sogenannten Open-House-Verfahren eine unbegrenzte Maskenabnahme durch das von Jens Spahn geführte Gesundheitsministerium zu einem hohen Preis (4,50 € pro FFP2-Maske) garantiert, was deutlich über dem Marktwert lag und auch von Expert*innen innerhalb seines Hauses kritisiert wurde. Das führte zu einer dramatischen Überbeschaffung, Klagen von Lieferanten und einem potenziellen Schaden von mehreren Milliarden Euro für die Steuerzahler*innen. Jens Spahn verteidigte seine Entscheidung mit der Krisensituation und dem Argument „lieber haben als brauchen“.		
Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☑ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
- es fehlen Kontext / Ursachen für Entscheidung - es macht nur Sinn mit eigenem Vorteil – welcher Vorteil ist das? – kann nur angenommen werden - eigentlich müsste der Schaden der Allgemeinheit mitbetrachtet werden - könnte auch Ignoranz oder Inkompetenz sein		
Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☑ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
- Zum Grenzfall wird es, wenn man den weiteren Kontext dazu denkt, nämlich dass Spahn ganz bestimmten Firmen einen Vorteil gewährt hat - es war eine Notfallsituation - Krisenmanagement - eher Überforderung und Inkompetenz waren handlungsleitend		
Gr. 5	**Kriterienkatalog**	**Korruption?**

SO	☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Es fehlen Hintergrundinfos über die Beziehungen zwischen Spahn und den Profiteuren dieser Aktion. Die Frage ist, ob das einfach nur ein Fehler war (kann immer passieren, sollte in dem Umfang aber nicht) oder ob Mutwillen oder zumindest Fahrlässigkeit dahinter stehen.

Fallbeispiel 2 – Jens Spahn

Spahn setzte laut Sudhof-Gutachten im April 2020 durch, dass das Logistikunternehmen Fiege aus dem Münsterland ohne Ausschreibung den Auftrag für die Logistik der Masken während der Corona-Zeit erhielt. Er soll das Innenministerium (eigentlich zuständig für solche Logistik-Aufträge) erst nachträglich über die Zusammenarbeit mit Fiege informiert haben. Bereits laufende Vorbereitungen, die Logistikaufträge an DHL und Schenker zu vergeben, soll er dabei ignoriert haben. Das Unternehmen Fiege Logistik Holding ist ansässig im Nachbar-Wahlkreis von Jens Spahn. Dr. Hugo Fiege (Gesellschafter und Geschäftsführung) ist Mitglied im Präsidium des Wirtschaftsrats der CDU. Jens Spahn argumentierte, dass eine offizielle Ausschreibung zu lange gedauert hätte und er in einer Krisensituation natürlich zuerst mit Leuten spreche, die er kenne.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

- Während es als Privatperson verständlich wäre, dass man zunächst auf private Kontakte zurückgreift, sollte man von einem Minister erwarten können, dass er professioneller vorgeht
- Eine Person wünscht sich einen Untersuchungsausschuss, um Spahn zu befragen

Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		

Fallbeispiel 3 – Jens Spahn

Während seiner Amtszeit kaufte Spahn 2020 eine Luxusvilla in Berlin im Wert von ca. 4 Millionen €, finanziert fast vollständig durch die Sparkasse Westmünsterland – einem Institut, in dessen Verwaltungsrat er bis 2015 saß.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
- wenige Informationen - aber irgendetwas stimmt da nicht		

Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
- fraglich, wie viel Einfluss er noch in der Sparkasse hatte		

Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Unklarheit, wie die Finanzierung genau aussieht. Handelt es sich um einen Kredit oder eine Gefälligkeit? (Ergebnis: 1,7 Mio von der Bank, 300k von Lebensversicherung und 1 Mio aus potentieller fishy Erbschaft, an die der Spiegel nicht glaubt)		

Missbrauch von Wähler*innenvertrauen, da er zu hohe Geschenke annimmt.

Fallbeispiel 4 – Jens Spahn

Im Oktober 2020 lud Jens Spahn Unternehmer*innen zu einem privaten Spenden-Dinner – obwohl Treffen damals politisch und gesundheitlich kritisch gesehen wurden. Danach gingen mehrere Spenden knapp unter der Veröffentlichungspflicht (9.999 €) bei seinem CDU-Kreisverband ein. Das Vorgehen wurde als Umgehung von Transparenzpflichten kritisiert, auch wenn sich alles innerhalb des Rahmens geltenden Rechts abspielte.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? - WARUM?

- unvertrauensvolles Verhalten
- auch durch Kreisverband ist er Profiteur

Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☑ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? - WARUM?

- Korruption muss genauer gefasst und zielgerichteter ausformuliert werden (Fazit?!)
- hier werden Beziehungen geknüpft, die generell unfaire Bedingungen schaffen („ein Gschmäckle haben“)

Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Fallbeispiel 5 – Jens Spahn

Dieses Spendendinner wurde organisiert von einem Leipziger Unternehmer, der im

Nachgang kostenfrei Großplakate für Spahns Wahlkampf produzierte, mit der Begründung, dass Spahn ja auch als Ehrengast honorarfrei zu seinem Dinner erschienen wäre. Im Rahmen der Masken-Affäre hat allerdings die ehemalige rechte Hand dieses Unternehmers von Spahns Maskendeals in Millionenhöhe profitiert, und das ohne vorherige Erfahrung in der Maskenproduktion.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		

Fallbeispiel 6 – Jens Spahn

Gematik ist das Unternehmen, das u. a. die elektronische Patientenakte verantwortet und finanziert. Die Firma selbst wird aus den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung finanziert. Jens Spahn wird vorgeworfen, die Neubesetzung der Gematik-Geschäftsführung für einen langjährigen Bekannten begünstigt zu haben, der Jens Spahn seine Wohnung in Berlin verkauft hat: Leyck Dieken. Laut correctiv.org hat ein hochrangiger Mitarbeiter Spahns aus dieser Zeit behauptet, dass bereits im April 2019 – vor der offiziellen Ausschreibung der Position bei Gematik – Spahn gesagt habe, dass er „schon jemanden für den Job“ habe. Laut Focus Online habe sich Leyck Dieken allerdings in einem öffentlichen Verfahren gegen sieben andere Kandidat*innen durchgesetzt. Jens

Spahn wird vorgeworfen, außerdem Einfluss auf die Vergütung Leyck Diekens genommen zu haben. Laut correctiv.org erhielt dieser ein Jahresgrundgehalt von rund 300.000 €, inklusive variabler Bestandteile und Altersvorsorge fast 390.000 € – deutlich mehr als sein Vorgänger (190.000 €). Laut Focus Online berief sich das Ministerium auf eine Marktanalyse durch die Personalberatung Kienbaum, die das Gehalt als „markt- und leistungsgerecht“ einstufte.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

- es fehlen Information zum Bewerbungsprozess
- allein das Einmischen ist schon anrüchig – Macht als Minister wird missbraucht
- es fehlen Beweise

Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Fallbeispiel 7 – Jens Spahn

Das Digitale-Versorgungs-Gesetz, das im Gesundheitsministerium unter Jens Spahn entstanden ist, verpflichtete Ärzt*innen, Apotheken und Krankenhäuser, medizinische Daten über die Telematikinfrastruktur (TI) zu übermitteln. Damit verbunden war die Anschaffung von Hardware, sogenannten Konnektoren, aber auch Software und deren Integration, was der Compu Medical Group (CMG) unmittelbar in die Karten spielte, da das Unternehmen zu den wenigen Anbietern gehörte, die solche Produkte liefern konnten. In

einem Bericht attestierte CGM sich selbst einen Marktanteil von über 50 % bei der Telematikinfrastruktur. Frank Gotthardt (Gründer und Haupteigentümer von CGM) hatte über lange Zeit engen Kontakt zu Jens Spahn – u.a. durch die CDU-Strukturen wie den Wirtschaftsrat, Gremien zur Digital Health und durch gemeinsame Aktivitäten.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☑ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

- Wissenslücke: Alternativen zu Gematik / Datenschutz / EU-Richtlinien

Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht

Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?

Waren die Geräte über das Digitale-Versorgungs-Gesetz schon vorausgesetzt? Von wem wurde dieses aufgesetzt?

Fallbeispiel 8 – Jens Spahn

Der Tech-Milliardär Christian Angermayer hat teilweise über Firmen etwa 300.000 Euro an die CDU gespendet und steht in engem Kontakt mit Jens Spahn. Spahn ordnete Anfang 2021 einen Großauftrag über Covid-Arzneimittel (Bamlanivimab & Wirkstoff von Regeneron) im Wert von 400 Millionen Euro an, wovon indirekt auch die Firma Abcellera profitierte, an der Angermayers Fonds mit 2% beteiligt war. Zwei Tage nach der Ankündigung der Bestellung des Bundesgesundheitsministeriums erreichte die Abcellera-Aktie ihr Fünf-Jahres-Hoch und einen märchenhaften Wert von 16 Milliarden. Laut Manager-Magazin soll die „Rallye“ um den Kursanstieg der Aktie Angermayer rund 100 Millionen Dollar eingebracht haben.

Gr. 3 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☑ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
- Sachverhalt ist zu komplex - es fehlen Informationen (alternative Auftragsoptionen) - Frage: Ist das im Sinne einer Wirkkette so zwangsläufig gewesen? - Wenn Abstand von Ursache und Wirkung zu weit auseinanderliegen, bekommen wir Schwierigkeiten bei der Benennung		
Gr. 4 MOD	**Kriterienkatalog** ☑ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☑ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☑ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☑ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Gr. 5 SO	**Kriterienkatalog** ☐ Missbrauch von Macht oder Vertrauen ☐ privaten Nutzen / Vorteil erlangen oder gewähren ☐ es bestehen keine Ansprüche	**Korruption?** ☐ Ja ☐ Nein ☐ Vielleicht
Grauzone? / Grenzfall? – WARUM?		
Über viele Ecken ist es gezielte Einflussnahme auf das Vermögen von Angermayer.		

Anhang 3 – Transkription des Interviews mit Marco Bülow

Teil 1 – Der Instrumentenkasten der Korruption

Erstmal muss man natürlich eine Unterscheidung treffen. Im Endeffekt kann man sagen: Jeder ist irgendwie Lobbyist, wenn er sich mit einer Sache an die Politik wendet – von der kleinen Initiative oder Einzelperson bis hin zum Großkonzern. Und genau darin liegt das Problem.

Es gibt sehr viele Lobbyisten, aber nur wenige, die sehr reich und sehr einflussreich sind. Meistens hängt das zusammen – und genau das ist das Problem des Lobbyismus.

Deshalb gibt es sehr unterschiedliche Instrumente. Fangen wir bei den harmlosesten an: Initiativen von Einzelpersonen, die kein Geld haben und keine professionellen Lobbyisten beschäftigen können, sondern das nebenbei machen. Oder Umweltverbände, die vielleicht festangestellte Mitarbeiter haben, die höchstens eine Pressemitteilung oder eine Forderung aufschreiben und an die Politik weitergeben. Auch das ist ein Instrument, einfach mal die Politik anzuschreiben.

Aber das ist ein sehr wirkungsloses Instrument. Abgeordnete bekommen unglaublich viele Kontakte – ich habe das eine Zeit lang gezählt, es waren etwa 200 pro Woche, und da ist Spam schon aussortiert. Die meisten dieser Kontakte kommen von Lobbyisten. Meistens sind es Grundsatzpapiere oder Forderungen. Die wenigsten davon landen überhaupt beim Abgeordneten, meistens nur bei den Mitarbeitern. Trotzdem ist es ein Instrument.

Spannender sind die Instrumente, die sich nur wenige leisten können – die, die viel Geld haben. Das sind die, die große Büros im Berliner Regierungsviertel haben, möglichst direkt vor Ort, und die professionell ausgebildete Lobbyisten beschäftigen, die sich nur um Abgeordnete kümmern. Durch das Lobbyregister wissen wir inzwischen, wie viele das sind. Früher wurde geschätzt, dass es fünf bis sechs pro Abgeordnetem sind. Ich habe immer gesagt, es sind mindestens zehn. Jetzt wissen wir, dass es eher 40 bis 50 sind – wahrscheinlich ist das immer noch nicht genau erfasst.

Das ist das zweite Instrument: ausgebildete Menschen, die nichts anderes tun, als Abgeordnete oder Ministerien zu beeinflussen. Sie sind gut ausgebildet, sowohl in der Sache als auch in Psychologie und Gesprächsführung, und den anderen Lobbyisten meist deutlich überlegen. Es gibt sogar Seminare, in denen Abgeordnete gegen Entgelt erklären, wie man am besten mit Politikern umgeht.

Diese Lobbyisten haben einen langfristigen Zugang zum Bundestag. Sie gehen dort ein und aus, teilweise sogar mit Hausausweis. Das heißt, sie müssen keine Kontrollen passieren und können fast überall hin – bis vor die Ausschusssitzungen. Sie wissen genau, wann welche Politiker wo anzutreffen sind. Hausausweise werden von Fraktionen vergeben, und erst nach Klagen von Abgeordnetenwatch wurde überhaupt öffentlich, wer sie hat. Fast alle Inhaber waren Lobbyisten.

Der normale Bürger muss sich anmelden, darf nur in bestimmte Bereiche und hat kaum Chancen, jemanden persönlich zu erreichen.

Dann gibt es eine ganze Klaviatur von Instrumenten, die bis hin zum sprichwörtlichen Geldkoffer reicht. Das ist die Vorstellung, der Lobbyist kommt mit einem Koffer voller Geld, der Abgeordnete nimmt ihn an und stimmt dafür ab. Ja, so etwas gibt es auch, aber es ist nicht der Regelfall.

Meistens beginnt es mit harmlosen Gesprächen. Ich nenne das Wohlfühllobbyismus. Diese Lobbyisten haben Zeit. Wenn jemand von einem Umweltverband kommt, muss er an einem Tag möglichst viele Abgeordnete sprechen und bringt einfach seine Forderung mit. Ein Profitlobbyist hat Zeit, baut Kontakte auf, bittet um Gespräche in netter Atmosphäre, lädt zum Essen ein. Da wird noch gar nichts Konkretes gefordert – es geht um Anbahnung und Beziehungsaufbau.

Dabei wird sehr genau ausgewählt, wen man anspricht: nicht alle Abgeordneten, sondern die, die Einfluss haben oder haben könnten. Ich wurde sehr stark umworben, weil ich jung in den Bundestag kam, Mitglied einer Regierungsfraktion war, meinen Wahlkreis direkt gewonnen hatte und im Energiebereich tätig war, wo es um viel Geld geht. Wer in Ausschüssen für Familie, Senioren oder Jugend arbeitet, trifft deutlich weniger Lobbyisten.

Dann gibt es Einladungen. Das sind nicht nur Essen, sondern vor allem Veranstaltungen, bei denen wichtige Gespräche stattfinden – wo auch andere Lobbyisten, Politiker und Journalisten anwesend sind. Dort werden Netzwerke gebildet, die für Lobbyismus entscheidend sind.
Als junger Abgeordneter ist es wichtig, bei diesen Treffen dabei zu sein. Man kommt aber nur hin, wenn Lobbyisten einen einladen. Ich wurde nach einigen dieser Treffen zu Podiumsdiskussionen eingeladen, wo ich meine Fraktion vertreten habe. Die Veranstalter entscheiden, wer auf dem Podium sitzt.

Wenn man dort sitzt, gilt man als wichtig. Mein Ansehen in der Fraktion ist deutlich gestiegen, als ich zu solchen Podien eingeladen wurde und in bestimmte Netzwerke kam. Das verschafft einem Einfluss.

Das ist vielleicht das wichtigste Instrument: Es fließt kein Geld, sondern es wird Einfluss verschafft. Man wird unterstützt, immer wieder eingeladen, mit wichtigen Leuten zusammengebracht. Und irgendwann fühlt man sich verpflichtet. Es gibt keinen Vertrag, nichts Schriftliches, aber man hat das Gefühl, man müsse auch etwas zurückgeben. Dann reicht oft schon eine beiläufige Bemerkung wie: „Vielleicht könnte man diese Information in der Fraktion mal streuen.“ Und man macht es.

Teil 2 – Beispiele für Korruption

Ich will ein paar Beispiele nennen, um zu zeigen, wie absurd das Ganze ist. Ich war im Umweltausschuss verantwortlich für die Berichterstattung zu erneuerbaren Energien, teilweise auch für Klima. Damals wuchs der Umwelt- und Energiebereich stark, gerade was die erneuerbaren Energien und die Debatten dazu anging.

Es gab einen Regierungsentwurf, den ich als Berichterstatter und Zuständiger im Ausschuss eigentlich vom Ministerium hätte bekommen müssen – ich war ja in der Regierungspartei, nicht in der Opposition. Ich habe den Entwurf aber nicht bekommen, sondern von einem Lobbyisten. Die hatten die Vorlage früher als wir. Und das passiert nicht nur einmal, sondern regelmäßig – aber natürlich nicht für alle, sondern nur für einige.

Dadurch hatte ich die Information vor meinen Kollegen und wurde dadurch wichtiger. Ich musste ja nicht die Quelle preisgeben. Das verschafft dir die Chance, selbst noch Einfluss zu nehmen. Meistens läuft es nämlich so: Wir Abgeordneten bekommen erst etwas, wenn schon alles weitgehend entschieden ist. Wenn du dann noch Änderungen willst, giltst du schnell als Nörgler, der der eigenen Regierung schaden will. Du hast fast keine Chance mehr, etwas zu ändern. In diesem Fall konnte ich aber noch reagieren – und das machte mich bei meinen Kollegen beliebter. Ich hatte Informationen, die andere nicht hatten. Das ist ein weiteres Instrument: Du kommst in Netzwerke, wirst bekannter, bekommst schneller Informationen und kannst sie weitergeben. Eine Hand wäscht die andere. Je wichtiger du wirst, desto wichtiger werden die

Informationen, die du erhältst – und desto wichtiger wirst du wiederum für die Lobbyisten, die auf dich zurückgreifen können.

Irgendwann kommen dann andere Angebote, zum Beispiel Vorträge gegen Entgelt. Und das ist nicht wenig Geld. Auch hier entscheidet die eigene Wichtigkeit. Peer Steinbrück, der als König der Nebeneinkünfte galt, verdiente seine Nebeneinkünfte nicht durch Anwaltstätigkeit oder Buchverkäufe, sondern weil er für hohe fünfstellige Summen Vorträge hielt – meistens bei Banken.

Eigentlich wirst du als Abgeordneter gut bezahlt, und das schließt ein, dass du Vorträge hältst – aber eben ohne Honorar. Ich habe Vorträge bei der AWO, bei den Naturfreunden und anderen Organisationen gehalten, natürlich ohne Geld. Und eigentlich dürfte ich dafür auch nichts bekommen. Es ist aber nicht verboten, völlig legal, wenn auch aus meiner Sicht nicht legitim, für hohe Summen Vorträge zu halten. Das ist ein weiteres Instrument, das sich nur wenige leisten können.

Dann geht es weiter mit Wahlkampfspenden. Auch wenn diese über die Partei abgerechnet werden, sind es Spenden, die dir im Wahlkampf helfen. Du kannst dir größere Plakatwände leisten, zusätzliche Fahrzeuge, was auch immer. Und das macht einen Unterschied: Wahlkämpfe sind immer mehr Materialschlachten. Wenn du als Abgeordneter plötzlich Plakate hast, die sonst nur der Kanzlerkandidat bekommt, fällt das auf.

Ein Beispiel: Wir haben gerade Wahlen in NRW. Normalerweise hat niemand eine Chance, wenn er nicht von einer großen Partei als OB-Kandidat aufgestellt wird. In Dortmund kandidiert aber gerade ein Unabhängiger mit enormen Geldmitteln. Vorher kannte ihn niemand, er war politisch nicht aktiv. Jetzt wird er von der Wirtschaft und von einflussreichen Kreisen unterstützt, hat mehr Plakatwände als der amtierende Oberbürgermeister und wird zusätzlich von den Medien gepusht.

Plötzlich ist er schon auf Platz drei und gar nicht mehr so weit vom Spitzenkandidaten der führenden Partei entfernt. Das zeigt, wie wichtig Geld im Wahlkampf ist – selbst wenn es nicht auf dem eigenen Konto liegt. Auch das ist ein zentrales Instrument des Lobbyismus.

Teil 3 – Wie kann Korruption verringert werden?

Das ist genau das Problem. Deshalb braucht es dringend Transparenz – eine echte Transparenzpflicht. Ich habe immer gesagt: Transparenz ist wichtig, aber sie löst das Problem nicht allein. Trotzdem ist sie notwendig, weil man dadurch Vorgänge besser einordnen kann – siehe Lobbyregister. Mit mehr Transparenz über Kontakte, Abläufe und Treffen könnte man viel besser benennen, was passiert, und so einen Ausgleich schaffen oder Grenzen ziehen, an denen eingegriffen werden muss.

Zuerst braucht man also Transparenz, um die Fälle sichtbar zu machen und überhaupt bewerten zu können. Danach muss es Kontrollstellen geben. Solche unabhängigen Stellen gibt es derzeit nicht. Dass das Bundestagspräsidium oder die Bundestagsverwaltung zuständig ist, reicht nicht – das ist keine echte Kontrolle. Es braucht eine unabhängige Institution, die Verstöße prüft und sanktioniert.

Aktuell werden Verstöße gegen das Lobbyregister oft mit kleinen Geldstrafen – 200, 300 Euro – oder gar nicht geahndet. Man trägt sich einfach nachträglich ein, und die Sache ist erledigt. Das macht Transparenz fast wirkungslos. Deshalb braucht es Sanktionen, die auch tatsächlich vollzogen werden.

Mit der Zeit könnte man eine Art Balance finden: Manche Dinge kann man klar verbieten, andere kann man durch Transparenz bewertbar machen. Ein Bürgerrat wäre hier sehr sinnvoll – nicht nur, um über solche Regeln zu sprechen, sondern auch, um regelmäßig zu überprüfen, was angemessen ist. Das bleibt ein fließender Bereich, selbst wenn man alles so umsetzen würde, wie ich es für richtig halte. Wahrscheinlich müsste man immer wieder nachjustieren. Wichtig ist, dass das Thema präsent bleibt und eine Orientierung für Abgeordnete bietet. Denn das Problem ist nicht, dass es nur ein paar Ausnahmen gibt, die das System ausnutzen – es ist inzwischen das System selbst geworden.

Ein Beispiel sind die Maskendeals. Die Abgeordneten, die daran beteiligt waren, haben ihr Amt missbraucht, sich persönlich bereichert und gleichzeitig befreundeten Unternehmen geholfen. Am Ende wurden sie zwar angeklagt, aber nicht verurteilt. Das Gesetz wurde zwar nachgeschärft, aber solche Dinge können jederzeit wieder passieren, wenn es nur mündliche Absprachen gibt, die man anders darstellen kann.

Darum braucht es klare Gesetze, damit solche Handlungen als Korruption benannt und auch verurteilt werden können. Korruption beginnt viel früher, als es in Deutschland oft verstanden wird. Hierzulande herrscht immer noch die Vorstellung: „Korruption gibt es nur in anderen Ländern.“ Viele glauben, Politik sei zwar ein schmutziges Geschäft, aber Korruption existiere hier nicht oder nur in ganz seltenen Ausnahmefällen.

Das ist falsch. Wir haben inzwischen ein politisches System, in dem Korruption nicht nur nicht bestraft wird, sondern in dem man quasi dazu gedrängt wird, sich korrupt zu verhalten, wenn man in einer bestimmten Liga mitspielen will. Wer nicht mitmacht, hat Nachteile. Das betrifft nicht nur mich – man kann das an vielen politischen Karrieren sehen.

Es ist also kein Problem einzelner „schwarzer Schafe“, sondern ein systematisches Problem. Wer sich daran beteiligt, wird belohnt und gewinnt an Einfluss. Und genau das ist das große Problem.

Um das zu ändern, bräuchte es auch eine Hilfestellung für Abgeordnete. Viele Unternehmen haben Compliance-Abteilungen, die Mitarbeitende informieren und kontrollieren, damit sie wissen, was erlaubt ist und was nicht. So etwas gibt es im Bundestag nicht.

Dabei bräuchte es nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern auch eine klare Informationspflicht und Unterstützung. Denn viele Abgeordnete wissen gar nicht, wie sie sich korrekt verhalten sollen. Ohne Anleitung orientiert man sich an denen, die erfolgreich sind – auch wenn deren Verhalten vielleicht problematisch ist.

Ich glaube nicht, dass sich alles ändern würde, wenn es klare Anleitungen gäbe, aber es würde helfen. Wenn man klar gesagt bekommt: „Das darfst du, das darfst du nicht“, würden sich mehr

Abgeordnete daran halten. Deswegen ist die Kombination aus Transparenz, Kontrolle und Hilfestellung so wichtig.

Teil 4 – Definition von Korruption

Anmerkung: Wir haben Marco Bülow zwei Definitionen von Korruption präsentiert und ihn um seine Einschätzung gebeten:

Definition von Transparency International:

> *Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.*
> *https://www.transparency.de/ueber-uns/was-ist-korruption*

Definition von Wikipedia (gekürzt):

> *Korruption ist der Missbrauch einer Vertrauensstellung, um Vorteile zu erlangen oder zu gewähren, auf die keine Ansprüche bestehen.*
> *https://de.wikipedia.org/wiki/Korruption*

Ich würde eher zur zweiten Definition tendieren, die ist etwas weiter gefasst, und so sehe ich es auch. Gut finde ich, dass beide Definitionen sich von der landläufigen Vorstellung entfernen, dass Korruption immer der sprichwörtliche Geldkoffer sein muss – jemand nimmt das Geld und macht dafür etwas.

Korruption ist vor allem der Missbrauch oder das Ausnutzen eines Vertrauensverhältnisses. Und in der Politik wiegt das besonders schwer, weil man ein Mandat von der Bevölkerung bekommen hat. Viele haben nicht im Kopf, dass wir Abgeordnete nicht nur durch eigene Leistung, sondern vor allem durch die Wahl ins Amt gekommen sind. Wir sind der Bevölkerung verpflichtet, nicht dem Fraktionsvorsitzenden, nicht dem Kanzler oder der Kanzlerin.
Wenn man diese Stellung für einen bestimmten Zweck ausnutzt – ob für Geld, für eine Position in einem Netzwerk, für einen Gefallen –, dann ist das für mich Korruption. Es geht eben nicht nur um Geld. Wichtig ist auch, dass Korruption nicht erst dann beginnt, wenn etwas vertraglich fixiert ist.

In internationalen Korruptionsrankings steht Deutschland immer noch relativ gut da, auch wenn wir abgerutscht sind. Das liegt aber daran, dass es hierzulande viel legale Korruption gibt. Viele Dinge, die ich als Korruption bezeichnen würde und die nach einer weiter gefassten Definition auch Korruption sind, gelten in Deutschland nicht als solche, weil sie nicht ausdrücklich verboten sind.

Das Problem ist: Korruption wird meist erst dann verfolgt, wenn ein Vertrag vorliegt. Einen solchen Vertrag wird es zwischen Lobbyisten und Politikern aber nie geben. Niemand unterschreibt, dass er für Geld oder Einfluss eine bestimmte Gegenleistung erbringt. So etwas wird nicht praktiziert.

Deshalb ist es so schwer, Korruption überhaupt zu benennen, geschweige denn zu verurteilen, selbst wenn sie offensichtlich ist. Es braucht klare Regeln und Gesetze, die festlegen, was Korruption ist, damit man sie benennen und bestrafen kann. Denn in Wirklichkeit beginnt Korruption schon viel früher.

Anhang 4 – Erläuterungen zur Aufbereitung des Crowdsourcings

Herausforderungen und Fragestellungen
Im Rahmen der Aufbereitung des Crowdsourcing-Inputs gab es mehrere Herausforderungen, die zu bewältigen waren. Folgende Fragen haben dabei geholfen, in den Einzelfällen zu entscheiden, welche Beiträge wir im Parlament der Menschen als Input verwenden wollen:

- Was ist unpassend zum Thema politische Dysfunktionalitäten oder politische Korruption und was erfüllt unseren Zweck?
- Was wird bei inhaltlichen Doppelungen in welchem Beispiel besser deutlich?
- Was beruht auf nachprüfbaren Fakten und was ist hinzugedichtet?
- Was ist tatsächlich so passiert und was ist übertrieben dargestellt?
- Was ist berechtigte Kritik und was ist Verallgemeinerung auf Basis individueller Meinung?
- Was ist zu kurz und kontextlos formuliert und welche Form der Ergänzung unsererseits wäre Zuschreibung?

Für den redaktionellen Teil und die Aufarbeitung für den Arbeitsprozess im Parlament der Menschen dienten folgende Fragestellungen als Leitlinien:

- Welche Änderung, redaktionelle Bearbeitung, Kürzung oder sogar eigene Ergänzung ist legitim für unseren Prozess?
- Was genau und welche Variante kommt in den Systemabsturz-Bericht?
- Welchen Mehraufwand/Rechercheaufwand für die Ergänzung bruchstückhafter Beiträge können wir leisten?
- Wie gehen wir mit Namensnennungen um, wenn wir keine Beweise haben, und die Vorwürfe verleumdend sein könnten?

Disclaimer
In den Online-Sessions wurde Folgendes über die Arbeit mit den Crowdsourcing-Inputs an die Teilnehmenden kommuniziert:

> “Die Aussagen stammen von Einzelpersonen und basieren auf ihrer individuellen Erfahrung. Eine objektive Richtigkeit lässt sich nicht feststellen. Andere Sichtweisen sind dadurch nicht ausgeschlossen. Alle Aussagen sind nur als Diskussionsgrundlage gedacht. Eine kritische Reflexion ist erlaubt und erwünscht.“

Anhang 5 – Wir haben 100 Leute gefragt

Im Vorfeld des Parlaments der Menschen haben wir allen Interessierten über einen frei zugänglichen, anonymen Online-Fragebogen zwei Fragen gestellt.

1. Was findest du UNdemokratisch am deutschen politischen System?
2. Für welche demokratische Errungenschaft in Deutschland bist du dankbar?

Im Parlament der Menschen wurden die Teilnehmenden im Rahmen spielerischer Gruppenarbeiten gefragt, was sie denken, was auf die Frage geantwortet wurde.

Hier die aufbereiteten Antworten aus dem Fragebogen:

Was findest du UNdemokratisch am deutschen politischen System?	**Anzahl**		**Für welche demokratische Errungenschaft in Deutschland bist du dankbar?**	**Anzahl**
Lobbyismus	**19**		Grundgesetz	**15**
Wahlrecht	**8**		Meinungsfreiheit	**10**
soziale und Steuer-Ungerechtigkeit	**6**		Gewaltenteilung	**9**
Macht des Geldes	**5**		Frauenwahlrecht	**5**
Parteiensystem / Parteipolitik	**5**		Bundesverfassungsgericht	**4**
Fraktionszwang	**4**		Sozialsystem	**4**
Parteien / Parteistrukturen	**4**		Wahlrecht	**3**
5%-Hürde	**3**		Grundrechte	**3**
mangelnde Bürger*innenbeteiligung	**3**		Bürger*innenräte	**3**
nichts	**3**		Volksabstimmungen	**2**
mangelnde Repräsentativität	**3**		Rechtsstaatlichkeit	**2**
AfD	**2**		Pressefreiheit	**2**
alles	**2**		Menschenrechte	**2**
Intransparenz	**2**		Mehrparteiensystem	**2**
Korruption	**2**		Gleichberechtigung	**2**
Wahlen	**2**		Demonstrationsrecht	**2**
wenig Direktdemokratie	**2**		Artikel 1 des GG	**2**
viele weitere Einzelnennungen	**28x1**		viele weitere Einzelnennungen	**28x1**